

Vereinbarung für Erasmus+ Personalmobilität zu Lehr- und Fortbildungszwecken

Leitaktion 1 Hochschulbildung



ANTON BRUCKNER PRIVATUNIVERSITÄT FÜR MUSIK, SCHAUSPIEL UND TANZ A LINZ 17

Anschrift: Hagenstraße 57, 4040 Linz

im Folgenden: „die Hochschuleinrichtung“, zur Unterzeichnung dieser Vereinbarung vertreten durch Frau Mag. Johanna Breuer, Erasmus+ Koordinatorin, einerseits, und

[Herr/Frau] [(Name(n) und Vorname(n) des bzw. der Teilnehmer/in)]

Zugehörigkeit zur Hochschule in dieser Funktion - Seniority:

- Junior (approx. < 10 years of experience)
- Intermediate (approx. > 10 and < 20 years of experience)
- Senior (approx. > 20 years of experience)

Staatsangehörigkeit:

[Landescode z.B. AT]

Anschrift: Anton Bruckner Privatuniversität, Hagenstraße 57, 4040 Linz

Institut:

Telefon: 0043(0)732-70 1000- 0

E-Mail:

Geschlecht: [M/W]

Akademisches Jahr: 201_/201_

Teilnehmer/in

mit

Fördermitteln aus EU-Mitteln

einem Zero-grant (Nullzuschuss) aus EU-Mitteln

Fördermittel aus EU-Mitteln kombiniert mit einem Zero-Grant (Nullzuschuss) aus EU-Mitteln

Unterstützung bei besonderem Bedarf (Zuschuss für Teilnehmer/innen mit Behinderung)

NICHT AUSFÜLLEN - bekannt!

Bankkonto, auf das die Fördermittel gezahlt werden sollen

Bekannt!

Kontoinhaber (falls nicht identisch mit Teilnehmer/in):

Bekannt!

Name der Bank:

BLZ/BIC/SWIFT:

Kontonr./IBAN:

im Folgenden „der/die Teilnehmer/in“ andererseits, vereinbaren die untenstehenden Besonderen Bedingungen und Anhänge, welche fester Bestandteil dieser Vereinbarung (im Folgenden „Vereinbarung“) sind.

Anhang I Mobility Agreement

Anhang II Allgemeine Bedingungen

Die in den Besonderen Bedingungen niedergelegten Regelungen gehen denen in den Anhängen vor.

BESONDERE BEDINGUNGEN

ARTIKEL 1 – GEGENSTAND DER VEREINBARUNG

- 1.1 Die Hochschuleinrichtung erbringt gegenüber dem bzw. der Teilnehmer/in zur Durchführung einer Mobilitätsaktivität zu Lehrzwecken Unterstützung im Rahmen des Erasmus+ Programms.
- 1.2 Der bzw. die Teilnehmer/in nimmt die Fördermittel wie in Artikel 3.1 festgelegt an und verpflichtet sich, die Mobilitätsaktivität zu Lehrzwecken wie in Anhang I beschrieben vorzunehmen.
- 1.3. Beide Parteien können mittels einer förmlichen Mitteilung in Schriftform oder auf elektronischem Wege Vertragsänderungen vorschlagen und diesen zustimmen.

ARTIKEL 2 – INKRAFTTRETEN UND DAUER DER MOBILITÄT

- 2.1 Die Vereinbarung tritt an dem Datum der Unterzeichnung durch die letzte der beiden Parteien in Kraft.
- 2.2 Die Mobilitätsphase (**Teaching Days**) beginnt am [...Datum] und endet spätestens am [... Datum].

Das Beginndatum der Mobilitätsphase bezeichnet den ersten Tag, an dem der bzw. die Teilnehmer/in an der aufnehmenden Hochschuleinrichtung anwesend sein muss und das Enddatum bezeichnet den letzten Tag, an dem der bzw. die Teilnehmer/in an der aufnehmenden Hochschuleinrichtung anwesend sein muss.

Der Dauer der Mobilitätsphase kann ein Reisetag unmittelbar vor dem ersten Tag der Auslandsaktivität und ein Reisetag unmittelbar nach dem letzten Tag der Auslandsaktivität hinzugefügt werden und auch in der Berechnung der individuellen Unterstützung/Aufenthaltskosten berücksichtigt werden.

- 2.3 Bei Bedarf: Der/die Teilnehmer/in erhält finanzielle Unterstützung aus Erasmus+ Mitteln der EU für [max. 1] und [max.1] Tage für An-/Abreise (Anmerkung: laut Mobility Agreement). Der/die Teilnehmer/in muss insgesamt 8 Stunden innerhalb von 2 Tagen unterrichten.
- 2.4 Die Gesamtdauer der Mobilitätsphase darf höchstens 2 Monate betragen. Dabei gilt eine Mindestdauer von 2 Tagen pro Mobilitätsmaßnahme und mindestens 8 Stunden Unterricht pro Woche (oder einer kürzeren Aufenthaltsdauer).
- 2.5 Der/die Teilnehmer/in kann einen Antrag auf Verlängerung der Mobilitätsdauer innerhalb der in Artikel 2.4 festgelegten Grenzen stellen. Stimmt die Hochschuleinrichtung der Verlängerung der Mobilitätsdauer zu, wird die Vereinbarung entsprechend geändert.
- 2.6 Das tatsächliche Datum des Beginns und Endes der Mobilitätsphase muss in der Teilnahmebescheinigung angegeben werden.

ARTIKEL 3 - FÖRDERMITTEL

- 3.1 Die Hochschuleinrichtung zahlt Fahrt- und Aufenthaltskosten für den/die Teilnehmer/in in Form von Sachleistungen oder erstattet bei Vorfinanzierung durch den/die Teilnehmer/in diese Kosten nach den internen Regelungen der Hochschuleinrichtung. Die Hochschuleinrichtung muss in diesem Fall sicherstellen, dass die erbrachten Leistungen den erforderlichen Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen genügen.
- 3.2 Die Erstattung von Kosten, die ggf. für Teilnehmer/innen mit Behinderung anfallen, ist abhängig von den vom Teilnehmer/innen eingereichten zusätzlichen Belegen.

- 3.3 Die finanzielle Unterstützung darf nicht zur Deckung von Kosten verwendet werden, die bereits aus EU-Mitteln finanziert werden.
- 3.4 Unbeschadet der Bestimmung in Artikel 3.3 ist die finanzielle Unterstützung aus Erasmus+ Mitteln der EU mit allen sonstigen Finanzierungsquellen vereinbar.
- 3.5 Befolgt der/die Teilnehmer/in die Bestimmungen aus dieser Vereinbarung nicht, ist die finanzielle Unterstützung aus Erasmus+ Mitteln der EU ganz oder teilweise zurückzuzahlen. Auf die Rückzahlung wird jedoch verzichtet, wenn der/die Teilnehmer/in durch höhere Gewalt am Abschluss der Mobilitätsmaßnahme nach Anhang I gehindert wurde. Diese Fälle müssen von der Entsendeeinrichtung gemeldet werden und müssen von der Nationalen Agentur akzeptiert werden.

ARTIKEL 4 – ZAHLUNGSVEREINBARUNGEN

- 4.1 Die Übermittlung des EU-Online-Fragebogens [und sonstiger notwendiger Unterlagen/Belege] gilt als Antrag des/der Teilnehmers/in auf [Zahlung des Restbetrags/Abrechnung] der Fördermittel. Die Hochschuleinrichtung hat die [Zahlung des Restbetrags/Erstattung der Kosten] innerhalb von 45 Kalendertagen zu leisten oder, falls eine Rückzahlung fällig ist, eine Rückforderung geltend zu machen.
- 4.2 Der/die Teilnehmer/in hat anhand einer Teilnahmebescheinigung, die die aufnehmende Einrichtung ausstellt, das tatsächliche Start- und Enddatum der Mobilitätsphase nachzuweisen.

ARTIKEL 5 – EU-Online-Fragebogen (EU Survey)

- 5.1. Der bzw. die Teilnehmer/in füllt den EU-Online-Fragebogen nach der Mobilität im Ausland aus und übermittelt diesen innerhalb von 30 Kalendertagen nachdem er/sie die Aufforderung zum Ausfüllen erhalten hat.
- 5.2 Bei Teilnehmer/innen, die den EU-Online-Fragebogen nicht ausfüllen und übermitteln, kann die Hochschuleinrichtung [die erhaltenen Fördermittel, teilweise oder vollständig zurückfordern bzw. die Fördermittel weder abrechnen noch auszahlen].

ARTIKEL 6 – GELTENDES RECHT UND GERICHTSSTAND

- 6.1 Für diese Vereinbarung gilt österreichisches Recht.
- 6.2 Sofern Streitigkeiten zwischen der Hochschuleinrichtung und dem /der Teilnehmer/in die Auslegung, die Anwendung oder die Gültigkeit dieser Vereinbarung betreffend nicht gütlich beigelegt werden können, ist für diese Streitigkeiten ausschließlich der Gerichtsstand nach dem anwendbaren innerstaatlichen Recht zuständig.

UNTERSCHRIFTEN

Für den/die Teilnehmer/in
 Name(n)
 Vorname(n)

Für die Hochschuleinrichtung
 Name(n)
 Vorname(n) / Funktion

Unterschrift

Unterschrift

Ort, Datum

Ort, Datum

[Leitaktion 1 – HOCHSCHULBILDUNG]
Mobility Agreement

[Hier ist statt der leeren Seite das jeweilige Mobility Agreement beizulegen.]

Anhang II

ALLGEMEINE BEDINGUNGEN

Artikel 1: Haftung

Jede Partei dieser Vereinbarung befreit die jeweils andere von jeder zivilrechtlichen Haftung für jeden von ihr oder ihren Mitarbeitern erlittenen Schaden, der infolge der Erfüllung dieser Vereinbarung eingetreten ist, sofern dieser nicht infolge grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Fehlverhaltens seitens der anderen Partei oder deren Mitarbeitern entstanden ist.

Die Nationalagentur Lebenslanges Lernen (OeAD-GmbH), die Europäische Kommission oder ihre Mitarbeiter/innen können im Falle eines Anspruchs aus der Vereinbarung, der sich auf während der Durchführung der Mobilitätsphase verursachte Schäden bezieht, nicht haftbar gemacht werden. Entsprechende Entschädigungs- oder Erstattungsansprüche werden daher von der Nationalagentur Lebenslanges Lernen (OeAD-GmbH) oder von der Europäischen Kommission abgewiesen.

Artikel 2: Beendigung der Vereinbarung

Unterlässt der bzw. die Teilnehmer/in die Erfüllung irgendwelcher Pflichten aus dieser Vereinbarung, so ist die Hochschuleinrichtung ungeachtet der nach geltendem Recht vorgesehenen Konsequenzen berechtigt, die Vereinbarung ohne weitere rechtliche Formalitäten zu kündigen oder zu stornieren, sofern seitens des bzw. der Teilnehmers/in innerhalb eines Monats nach Eingang einer entsprechenden Mitteilung per Einschreiben keine Handlungen vornimmt.

Kündigt der Teilnehmer/in die Vereinbarung vor dem Ablauf der Vereinbarung oder unterlässt er oder sie die Einhaltung der Regelungen der Vereinbarung, muss er oder sie den bereits gezahlten Betrag des Zuschusses zurückzahlen.

Kündigt der/die Teilnehmer/in aufgrund „höherer Gewalt“, d. h. einer unvorhersehbaren Ausnahmesituation oder eines Ereignisses, das außerhalb des Einflussbereichs des/der Teilnehmers/in liegt und nicht auf einen Fehler oder Fahrlässigkeit seitens des bzw. der Teilnehmer/in zurückzuführen ist, ist der bzw. die Teilnehmer/in berechtigt, den der in Artikel 2.2 definierten tatsächlichen Dauer der Mobilitätsphase entsprechenden Zuschussbetrag zu erhalten. Jegliche verbleibenden Fördermittel müssen zurückgezahlt werden, sofern nicht anderweitig mit der entsendenden Einrichtung vereinbart.

Artikel 3: Datenschutz

Alle in der Vereinbarung enthaltenen personenbezogenen Daten werden entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der EU und zum freien Datenverkehr verarbeitet. Derartige Daten werden ausschließlich in Verbindung mit der Durchführung und des Follow-ups der Vereinbarung durch die entsendende Einrichtung, der Nationalen Agentur und der Europäischen Kommission verarbeitet, unbeschadet der Möglichkeit der Weitergabe der Daten an die für die Untersuchung und Prüfung zuständigen EU-Einrichtungen gemäß der EU-Gesetzgebung (Europäischer Rechnungshof oder Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)).

Der bzw. die Teilnehmer/in kann auf schriftliche Anfrage hin Zugang zu seinen persönlichen Daten erhalten und falsche oder unvollständige Information berichtigen. Er/Sie richtet etwaige Fragen zur Verarbeitung seiner/ ihrer persönlichen Daten an die entsendende Einrichtung und/oder an die Nationalagentur Lebenslanges

Lernen (OeAD-GmbH). Der bzw. die Teilnehmer/in kann gegen die Verarbeitung seiner bzw. ihrer persönlichen Daten in Hinblick auf die Nutzung dieser Daten durch die entsendende Einrichtung bei der österreichischen Datenschutzkommission oder, in Hinblick auf die Nutzung der Daten durch die Europäische Kommission, beim Europäischen Datenschutzbeauftragten Beschwerde einreichen.

Artikel 4: Kontrollen und Prüfungen

Die Parteien der Vereinbarung verpflichten sich zur Übermittlung jeglicher detaillierten Information(en), welche von der Europäischen Kommission, der Nationalagentur Lebenslanges Lernen (OeAD-GmbH) oder jeder anderen außenstehenden, von der Europäischen Kommission oder Nationalagentur Lebenslanges Lernen (OeAD-GmbH) beauftragten Stelle zum Zweck der Überprüfung der ordnungsgemäßen Umsetzung der Mobilitätsphase und der Bestimmungen der Vereinbarungen angefordert wurde(n).